

Terroranschlag auf Fort Hood verhindert



Wie verschiedene Medien berichten, wurde in den USA ein erneuter Anschlag auf das Fort Hood verhindert. Der Täter, ein 21-jähriger muslimischer Soldat, hatte in einem Motel in der Nähe des Militärstützpunkts Waffen, Munition und eine Bombe gebunkert. 2009 kamen bei einem Anschlag auf Foort Hood 13 Menschen ums Leben.

Laut [Welt-Online](#) hatte der Täter bereits 2010 seine Freistellung vom Militärdienst aus Gewissensgründen beantragt, da ihm sein Glaube einen Kampfeinsatz verbiete. Das wirft die Frage auf, ob es ihm dabei um das Kämpfen selber ging, oder die Frage, wofür man kämpft. Der Beschuldigte soll in der Vernehmung bereits eingeräumt haben, einen Anschlag auf Fort Hood geplant zu haben.

Seinem Wunsch nach Entlassung aus dem Wehrdienst hatte ein Militärausschuss bereits im Frühjahr zugestimmt. Allerdings wurde seine Freistellung verschoben, da er im Juni 2011 wegen des Besitzes von Kinderpornografie angeklagt wurde.

2009 kamen 13 Menschen durch bei einem Anschlag durch den muslimischen Armee-Psychiater Nidal Malik Hasan ums Leben. Im Gegensatz zum Terroranschlag in Olso nennt Welt-Online diese Tat allerdings einen „Amoklauf“.

Erdogan fordert Debatte über ,christlichen Terror‘



Um mit der Christenverfolgung auch in Deutschland endlich voranzukommen, hat auch der türkische Regierungschef Erdogan die Hetzjagd auf Islamkritiker dazu genutzt, seine Religion des Friedens gegen das blutrünstige Christentum schützen zu wollen. Er verlangt eine Debatte über „christlichen Terror“.

Der [Tagesspiegel](#) schreibt:

Dass im Westen routinemäßig vom „islamischen Terror“ die Rede ist, geht dem türkischen Regierungschef Recep Tayyip Erdogan schon lange gegen den Strich. Nach dem Massaker von Norwegen vermisst Erdogan nun in Europa eine Diskussion über den „christlichen Terror“ – die Europäer wichen dieser Debatte aus, sagt er. Dabei sei der Täter von Oslo doch ein „guter Christ und Tempelritter und gleichzeitig ein Terrorist“. Nicht nur rhetorisch will die Türkei den Spieß umdrehen: So wie europäische Politiker die Menschenrechtslage in der Türkei begutachten, will ein Ausschuss des türkischen Parlamentes nun die „Islamophobie“ in Europa unter die Lupe nehmen.

Ausführlich befassten sich die türkischen Medien nach der Bluttat des Anders Behring Breivik in den vergangenen Tagen mit den anti-islamischen und anti-türkischen Aufzeichnungen des Gewalttäters. Sein Manifest soll Hinweise darauf enthalten, dass Breivik die Türkei ganz besonders hasst.

Das rote Kreuz der Tempelritter, denen sich Breivik zugehörig fühlt, prangte auf den Titelseiten der Zeitungen – wobei das Symbol des Templer-Kreuzes, der Begriff der Tempelritter und die damit verbundene Erinnerung an die Kreuzzüge des Mittelalters in der muslimischen Türkei ganz andere Assoziationen wecken als in Europa. Die Kreuzfahrer gelten in der islamischen Welt als rücksichtslose Aggressoren und fanatisierte Amokläufer. Als US-Präsident George Bush nach den Anschlägen von 2001 einen „Kreuzzug“ gegen den Terror ausrief, stieß dies in der Türkei und anderen muslimischen Staaten auf helle Empörung.

Manche haben den Westen bis heute im Verdacht, sich von seinem tiefen Misstrauen dem Islam gegenüber zu einer Gleichsetzung von Islam und Gewalt verleiten zu lassen. Erdogan, ein frommer Muslim, gehört zweifellos zu dieser Gruppe. Schon nach den von einer türkischen Al-Kaida-Zelle verübten Anschlägen auf Synagogen und britische Einrichtungen im November 2003 weigerte sich der türkische Regierungschef, von „islamistischem Terror“ zu reden. „Terror hat keine Religion“, lautet sein Credo. Wer im Namen des Islam morde, der missbrauche den Glauben.

Auch das Massaker von Oslo sei im Westen zunächst als Tat des „islamistischen Terrorismus“ bezeichnet worden, obwohl der Täter nichts mit dem Islam zu tun habe, beklagte Erdogan nun auf der Heimreise von einem Besuch in Aserbaidschan im Gespräch mit mitreisenden türkischen Journalisten. „Zuerst kam der Antisemitismus, dann die Islamophobie, und jetzt reden sie über islamistischen Terror“, sagte Erdogan. „Aber niemand redet (nach dem Massaker von Oslo) von christlichem Terror“, fügte er hinzu. „Sie drücken sich“, sagte er über die Europäer. „Oder haben Sie schon einmal von christlichem Terror gehört?“

Nach Oslo sollten die Christen in aller Welt ihre Lehren aus dem Massaker ziehen und einmal über folgende Frage nachdenken, sagte Erdogan: „Warum greifen wir die Muslime so

sehr an?“ Er nannte Frankreich, das eine EU-Mitgliedschaft der Türkei strikt ablehnt, und die Niederlande, die seit einiger Zeit einen Aufschwung des Rechtspopulismus erleben, als Beispiele für europäische Länder, in denen es „rassistische Strömungen“ gebe. Das Christentum werde insbesondere gegen die Türken in Stellung gebracht, sagte er mit Blick auf das Argument europäischer Rechtsparteien, die Türkei gehöre kulturell nicht zu Europa. Auch über ihn selbst werde so einiges geschrieben, sagte Erdogan.

Rechtspopulistische Tendenzen in EU-Staaten sind in Ankara derzeit ein großes Thema. Die Türkei, die sich seit Jahren die Kritik europäischer Politiker an Menschenrechtsdefiziten im Land rechtfertigen muss, will nun ihrerseits auf Mängel in Europa aufmerksam machen. So will sich der Menschenrechtsausschuss im türkischen Parlament das Massaker von Oslo genauer ansehen. Meldungen über tödliche Polizeigewalt gegen muslimische Häftlinge in europäischen Gefängnissen wollen die Abgeordneten ebenfalls nachgehen.

In diesen Plänen spiegelt sich das neue Selbstbewusstsein der Türkei gegenüber dem Westen und der EU. Der Aufstieg des Landes zur nahöstlichen Regionalmacht und der seit Jahren anhaltende Wirtschaftsaufschwung haben den Stellenwert der EU in der Ankaraner Außenpolitik sinken lassen. Erst vor zehn Tagen kündigte Erdogan an, die Beziehungen der Türkei zur EU würden im kommenden Jahr wegen des ungelösten Zypern-Konflikts sechs Monate lang eingefroren. Was die Europäer von den neuen türkischen Zielsetzungen halten, interessiert in Ankara nur noch wenige.

Selbst türkische Beobachter, die nicht zu Erdogans Anhängern gehören, stimmen der Forderung des Ministerpräsidenten nach einer selbstkritischen Debatte des Westens nach dem Massaker von Oslo zu. So wie es in der Türkei rechtsgerichtete Anhänger der Mörder des armenischstämmigen Journalisten Hrant Dink gebe, liefen in Europa zweifellos „tausende Rechtsradikale“ herum, die Breiviks Aktion guthießen, schrieb

der Kolumnist Semih Idiz. Der Westen könne sich „nicht mehr den Luxus leisten, ausländischer-feindliche und insbesondere muslim-feindliche Organisationen und Personen auf die leichte Schulter zu nehmen“.

Jetzt fehlen nur noch die weisen Worte des iranischen Präsidenten. Auch er wird doch sicher noch neue friedvolle Vorschläge haben, um die bösen christlichen und zionistischen Aggressoren zur Strecke zu bringen.

Norwegen: Sternstunde der Hobbyexperten



Und der Volkspädagogen natürlich. Diese versuchen aus dem Akt der Barbarei in unserem nördlichen Nachbarstaat Kapital zu schlagen und ein neues Tabu über die islamkritische Szene zu verhängen, um ihr eigenes klägliches Versagen zu verschleiern. So ähnlich drückt es Ulf Poschardt (Foto) in der WELT aus. Ein wirklich [erstklassiger Artikel](#), dessen einziger Schönheitsfleck die deaktivierte Kommentarfunktion ist. Angst vor der eigenen Courage?

Die WELT schreibt (Hervorhebungen von uns):

Das Leben steckt voller Versuchungen. Es ist ein Zeichen von

Reife, ihnen elegant auszuweichen. Einige bemühen dafür die Moral, andere tun dies aus Stilgründen. Wie einfach man es sich machen kann, wenn man denn will, beweist ein Teil des deutschen Establishments gerade, wenn es darum geht, aus dem Akt der Barbarei in Oslo und auf Utøya die richtigen Lehren zu ziehen. Da diese Schreckenstat mitten im politischen Sommerloch geschah, war es Aufgabe der Hinterbänkler und sonst gerne Übersehenen zu fordern, was angesichts von 76 Toten zu fordern sei.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion plädierte fast rituell für die Vorratsdatenspeicherung. Claudia Roth von den Grünen forderte die Bundesregierung zum Kampf gegen rechts auf. Andrea Nahles erneuerte ihren Wunsch nach einem NPD-Verbot, ein grüner Innenexperte schrie nach einem verschärften Waffenrecht, und schließlich war es der stammtischerprobte SPD-Chef Sigmar Gabriel, der wusste, wer Schuld an der norwegischen Tragödie hatte: Thilo Sarrazin.

Die deutsche Politik präsentiert sich so bis auf Ausnahmen als stilloses Ensemble von Akteuren, die umso lauter wüteten, je dümmere, durchschaubarere und geschmacklosere ihre politischen Folgerungen sind – und dies angesichts ermordeter Jugendlicher. Das passt gut in einen neudeutschen Hang zum Autismus, dessen Mangel an Empathie auch bei außenpolitischen Entscheidungen von Griechenland bis Libyen aufscheint. Kontrastiert wird das durchsichtige Manövrieren um politischen Landgewinn im Windschatten einer Katastrophe, dieses teutonische Lärmen und Raunen, durch die Zivilisiertheit des norwegischen Volkes und seiner Repräsentanten.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident fühlte mit seinen Landsleuten und einte das Land, von den Jungsozialisten bis zum Königshaus. So zeigte sich jenes kleine Land, das in den Fokus der Weltöffentlichkeit gerückt war, **im Nachgang der Katastrophe von seiner besten Seite: als reife Demokratie und**

liberale Gesellschaft, die sich durch nichts und niemanden aus ihrer Freiheitlichkeit vertreiben lässt.

Da ist es schon ein großes Glück, dass die deutsche Debatte zwischen Politikern, Experten und vermeintlichen Intellektuellen kaum jemanden interessiert. Wenn es darum geht, den Tod wehrloser Kinder für die eigene politische Milchmädchenrechnung zu nutzen, sind sich auch die Intellektuellen nicht zu schade. Es wird versucht, die Islamdebatte an jenen Stellen zu retabuisieren, wo es für alle linken Migrationsfantasien besonders schmerzhaft Niederlagen zu vermehren gab.

(...)

Wer angesichts der Toten versucht, islamkritische Debatten zu unterbinden oder im Umfeld des Rechtsradikalen zu vertäuen, schadet auch dem emanzipatorischen Interesse jener säkularen Muslime, die nur mit der Rückendeckung einer breiten gesellschaftlichen Diskussion Fortschritte in ihren Communitys erkämpfen können. Das Niveau wie der Zeitpunkt der Diskussion sind beschämend. Die aufschäumende Hysterie und Intoleranz sind kein gutes Omen für jene innere Verfasstheit, die durch eine Wahnsinnstat wie die von Oslo und Utøya hierzulande wohl zu ganz anderen Reaktionen geführt hätte als in Norwegen.

Schade, dass die WELT mit ihrer geschlossenen Kommentarfunktion letztlich genauso reagiert, wie die von Ulf Poschardt kritisierten...

(Spürnasen: Leser und Wolfgang B.)

»[Fukushimasierung menschlichen Leidens](#)«



Deutschland schafft sich ab! Psst, Eurostat!



Psst, Eurostat, darf man nicht sagen, Deutschland schafft sich ab! Ist rassistisch, fremdenfeindlich, islamophob und massenmörderisch. [Die Zahlen von gestern](#) für Deutschland und Europa:

2009 hatten wir 81.802.300 Einwohner, 677.900 wurden geboren, 858.800 sind gestorben, macht minus 180.800 Personen. Dazu kommt ein Wanderungssaldo von plus 130.200 Personen, ergibt insgesamt ein Minus von 50.700 Personen, womit wir nun 81.751.600 Einwohner haben. Ob die Statistik stimmt, weiß niemand. Es wird von anderer Stelle vermutet, daß durch die Volkszählung die Zahlen wegen Karteileichen nach unten korrigiert werden.

Interessant in diesem Zusammenhang [ist der Wanderungssaldo](#). Wer ist 2010 weggezogen und wer ist eingereist. Um schärfer zu fragen, wieviele Ingenieure und Fachkräfte sind ausgewandert, und wieviele „Ingenieure und Fachkräfte“ sind gekommen. Diese Statistik gibt es nicht. Stattdessen ein paar Geburtenraten aus dem CIA World Factbook zum Vergleich. Unter Deutschland wird nur Hongkong und St. Pierre and Michelon genannt. Geburten auf 1000 Einwohner (2011 geschätzt, US-Schreibweise):

Germany 8.3

China 12.29

Ireland 16.1 (europ. Spitzenreiter)

Algeria 16.69 (lieben Frankreich)

Tunisia 17.4 (neue Demokratie)
Turkey 17.93 (EU-Kandidat)
World 19.15
Morocco 19.19
Israel 19.24 (kennen ihre Nachbarn, vgl. Gaza Strip))
India 20.97
Syria 23.99 (die kommen auch bald)
Libya 24.04 (neue Demokratie)
Egypt 24.63 (neue Demokratie)
Pakistan 24.81 (lieben Vereinigtes Königreich)
Swaziland 26.63
Ghana 27.55
Iraq 28.81
Zimbabwe 31.86
Western Sahara 32.1
Mauritania 33.23
Kenya 33.54
Gaza Strip 35.3
Nigeria 35.51
Sudan 36.12
Senegal 36.73
Rwanda 36.74
Afghanistan 37.83
Sierra Leone 38.46
Somalia 42.71 (nach den Spenden nach Europa)
Ethiopia 42.99
Mali 45.62
Uganda 47.49
Niger 50.54

Alle Zahlen im Factbook [hier mit vielen anderen](#) Statistiken!
Psst!

Religion gehört zur Konfessionsschule



Wer aus einem breiten Angebot von Schulen für sein Kind eine christliche Konfessionsschule auswählt, legt in der Regel Wert darauf, dass es ein Bildungs- und Erziehungsangebot gibt, das selbstverständlich auch den entsprechenden Religionsunterricht beinhaltet. In Zeiten aber, wo an den staatlichen Schulen allgemeine Verwahrlosung herrscht, wo Gewalt auf dem Schulhof bis zur [Ermordung von Schülern](#) eskaliert während moderene Pädagogen hilflos wegschauen, werden Konfessionsschulen auch für nicht christliche Eltern und ihre Kinder zur attraktiven Alternative.

Das gilt auch für gut integrierte Muslime, die die eigenen Kinder nicht dem Einfluss bildungsferner Immigranten der eigenen Religionsgemeinschaft aussetzen wollen. Aber nur die Rosinen picken – das gute Niveau und Lernklima der christlichen Schule in Anspruch nehmen, das Kind aber von der geistigen Grundlagen dieses Erfolges fernhalten – das gibt es bisher nicht. Das sieht sogar das rotgrüne Schulministerium in NRW so. Noch, denn muslimische Eltern klagen jetzt auf das Recht eine christliche Konfessionsschule aussuchen zu dürfen, ohne dass das Kind dadurch mit der Religion und den kulturell-religiösen Bräuchen der Einheimischen in Berührung kommt.

Die [Rheinische Post](#) berichtet:

Zeynep besucht die dritte Klasse der evangelischen Grundschule Pahlkestraße in Mönchengladbach-Rheydt. Die Neunjährige ist Muslimin, genau wie ihre Eltern und ihre zwei Schwestern. Nach einem Umzug der Familie entschieden sich ihre Eltern für die nur 300 Meter entfernte Konfessionsschule. „Wir sind davon ausgegangen, dass die muslimischen Kinder automatisch vom Religionsunterricht befreit werden“, sagt Zeyneps Vater. Doch das Gegenteil war der Fall: Die 75 muslimischen Kinder besuchen mit den 212 anderen Schülern den Religionsunterricht und Gottesdienste.

Als Zeyneps Eltern ihre Tochter wenige Wochen nach Beginn des Schuljahres vom Religionsunterricht befreien lassen wollen, lehnt das die Schulleitung nach Rücksprache mit der Schulaufsicht und der Bezirksregierung ab. Nach einem Widerspruch der Eltern spricht sie einen Schulverweis aus. Jetzt haben die Eltern Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen eingereicht. Der Fall könnte ein Präzedenzfall werden, sagen Experten.

Bisher gilt in NRW: Jedes Kind hat das Recht, nicht am Religionsunterricht seiner Schule teilzunehmen. Dafür brauchen die Kinder eine schriftliche Erklärung ihrer Eltern, ab 14 Jahren dürfen sie die Entscheidung selbst treffen. „Konfessionelle Schulen aber sind ein Ergänzungsangebot“, erklärt Klaus Spellen, Bildungsforscher mit dem Schwerpunkt Islam. „Die Leiter katholischer oder evangelischer Schulen gehen daher davon aus, dass Familien, die ihre Kinder dort anmelden, mit einer konfessionellen Erziehung ihrer Kinder einverstanden sind.“ Entsprechend könnten sie auch auf die Teilnahme der Schüler am Religionsunterricht bestehen.

So sieht es auch das NRW-Schulministerium. „Wir tragen die Entscheidung der für Mönchengladbach zuständigen Schulaufsicht mit“, erklärt eine Sprecherin. Zumal die nächstgelegene städtische Grundschule nur etwa drei Kilometer

von der Wohnung von Zeyneps Familie entfernt liegt.

Der Türkische Elternverein Mönchengladbach, der die Klage unterstützt, ist anderer Meinung: „Was die Schule macht, ist rechtlich nicht in Ordnung“, sagt der Vorsitzende des Vereins, Levent Ulus. Eltern müssen frei entscheiden können, aus welchen Gründen sie ihr Kind an einer Schule anmelden. 15 weitere Familien hätten sich bereits bei ihm gemeldet, die auch nicht mehr wollen, dass ihre im Glauben des Islam erzogenen Kinder am christlichen Religionsunterricht der Schule teilnehmen.

Seitdem Schulen gesetzlich verpflichtet sind, ein eigenes Programm und Profil zu erstellen, haben sich nicht nur in Mönchengladbach viele Konfessionsschulen auf ihre christlichen Werte konzentriert, weiß man bei der Schulaufsicht. Früher hätten viele Schulleiter nicht so genau hingesehen, in Zeiten sinkender Schülerzahlen würde man sich wieder auf die Pflichten besinnen. Dazu gehöre auch die Teilnahme am Religionsunterricht, der Besuch von Gottesdiensten und die Beteiligung an traditionellen Festen wie zum Beispiel Adventsfeiern. Zum Angebot gehören aber auch Herkunftssprachenunterricht unter anderem in Türkisch und Sprachförderung in Deutsch für Kinder mit Migrationshintergrund.

Muslimische Familien möchten ihren Kindern ermöglichen, religiöse Grundhaltungen auch im Schulalltag umzusetzen, sagt Bildungsforscher Spenlen. Es gibt die Diskussion um das Kopftuch, in Berlin stritt ein Schüler gerichtlich für einen Gebetsraum, in Rheinland-Pfalz wurde eine Lehrerin entlassen, weil sie ihren muslimischen Schülern versehentlich Schweineschnitzel ausgegeben hatte. „Seit der Jahrtausendwende stellen wir in Untersuchungen fest, dass die Identitätsbildung bei muslimischen Jugendlichen zunehmend über Religion funktioniert“, erklärt Spenlen. „Hier werden Grenzen ausgetestet.“

Natürlich mischt bei dem von interessierten Kreisen erhofften Grundsatzurteil ein türkischer Verein mit. In wieweit Moscheegemeinden oder der türkische Staat involviert sind, konnte die Rheinische Post offenbar nicht in Erfahrung bringen. Leidtragende des Streites um einen weiteren Schritt der geistigen Landnahme des Islam ist wie so oft das betroffene Kind. Zeynep hat viele Freunde an der Konfessionsschule und fühlt sich dort offensichtlich wohl.

Zu Wort kommt in der deutschen Zeitung aber lediglich ihr Vater, der uns die außerordentliche Toleranz erweist, nicht grundsätzlich gegen katholische oder evangelische Religion zu sein. Das geht so weit, dass er es sogar aushält, in Sichtweite einer christlichen Kirche zu wohnen, was nach seinen Worten sonst nicht vorstellbar wäre. Aber was in der Kirche vorgeht oder warum vielleicht an der christlichen Schule ein anderes Klima herrscht, als an der benachbarten staatlichen Schule, das soll seine Tochter doch besser nicht erfahren.

(Spürnase: Faktencheck)



Das Recht braucht dem Unrecht nicht zu weichen – oder wird Notwehr bald verboten?



Wird Notwehr bald verboten? *Vim vi repellere licet*, hieß es bei den alten Römern, Gewalt kann mit Gewalt zurückgestoßen werden, oder bei uns „Recht braucht dem Unrecht nicht zu weichen“! Dieser Satz ist die Grundlage des gültigen [Notwehrrechts](#)! Wird man angegriffen, darf man sich mit Gewalt wehren, man muß nicht fliehen, falls eine Flucht möglich wäre, und es findet auch keine Güterabwägung statt.

Das heißt zum Beispiel, daß ein Einbrecher im eigenen Haus erschossen werden darf, selbst wenn er nur 2000 Euro gestohlen haben sollte. Dies ist logisch. Man kann doch nicht, wenn Verbrecher im Schlafzimmer sind oder wenn man überfallen und angegriffen wird, erst eine Diskussion anfangen und nachfragen, was der nette Herr Angreifer eigentlich vorhat oder was er stehlen will.

In Sittensen ist im Dezember 2010 genau ein solcher Paradefall passiert. Ein 77-jähriger Rentner, der an Krücken geht, erschoss einen 16-jährigen Albaner, laut BILD ein Intensivtäter, laut taz nur polizeibekannt, der zusammen mit einem Iraker, einem Kongolesen und zwei Deutschen mit Migrationshintergrund den Millionär aufgrund eines Tipps aus dem Rotlichtmilieu überfallen hatten. Die restliche Bande war der Polizei auch bereits bekannt. [Älterer Artikel z.B. hier!](#)

Jetzt wurden die Ermittlungen gegen den Rentner aufgrund des [Notwehrparagrafen eingestellt, und](#) schon gehen die Diskussionen weiter: Darf man das? Ist das nicht Selbstjustiz? Wie konnten die „fünf maskierten Jungs“ (taz) ahnen, daß der Opa bewaffnet war? Opas und Omas sind normal doch wehrlos, und an Krücken ging er ja auch. Überhaupt wird im Land der Kartoffeln daran gearbeitet, daß bald niemand mehr eine Waffe hat – außer die Kriminellen und die Verbrecher natürlich, die

laut Statistik seit Jahren mehrheitlich Ausländer sind oder einen Migrahigru haben. Wozu da ein Notwehrparagraph?

Aber es kommt noch schlimmer! Albanis dürfen sich schon wehren. Die Familie des erschossenen Sechzehnjährigen hält jede Woche ein Gedenken in Sichtweite des Tatorts (Foto) mit Genehmigung der Polizei. Würden Sie sich da nicht bedroht fühlen? Nein? Auch dann nicht, wenn der Onkel des Erschossenen, der das Familienoberhaupt ist, in aller Ruhe in der taz verkünden darf: „Wenn die Justiz versagt, dann mache ich auch Selbstjustiz“?

[Hier der höchst interessante, verräterische taz-Artikel!](#) Aus jeder Zeile hört man die Sympathie für die armen Jungs heraus und die Abneigung gegen den Rentner! Und [da die Diskussion im Lawblog](#), wo manche auch gegen Notwehr sind! Es würde mich wundern, wenn man vom Fall nichts mehr hört. Als nächstes wird ein Rechtsverdrehler versuchen, eine Anklage gegen den Rentner zu erzwingen.

CDU will höhere Steuern für Besserverdienende

Immer mal wieder hieß es, man übertreibe, wenn man die CDU als linke oder als Sozi-Partei kritisiert hat. Nun fordert die CDU [höhere Steuern für Besserverdienende](#)! SPD und Grüne sind begeistert. Wer braucht noch mehr Beweise für die obige Behauptung? **Weitere Links gemischt:**

Jeder zehnte Berliner Polizist [mit Mihigru](#)!

Streit um Klimaabgabe [für Flüge eskaliert](#)!

Im [Parkschützergraben](#)!

Hier die neue [linke Linie des FOCUS](#)!

Weltuntergangslügen [machen reich!](#)

Kann Salzburg [ohne Jean Ziegler überleben?](#)

Trichets [teure Hinterlassenschaft!](#)

Grenzstreit zwischen [Serbien und Kosovo!](#)

Broder vergleicht Schiffer [mit Reichsschrifttumskammer!](#)

EU: Nicht jeder Bauer kriegt [dasselbe; Griechen top!](#)

Kindsmörder Gäfgen klagt schon wieder. [Daschner angezeigt!](#)

Die Rote Fahne [verteidigt die NPD!!!](#)

Rentner erschießt [ausländischen Räuber in Notwehr!](#) Glaube nicht, daß dieser Fall aus ist. Die Familie des Bandenmitglieds hatte bereits vor Monaten schon vor dem Haus des Rentners demonstriert und gedroht!

Bitte gerne Links posten! Danke!